

**Beteiligung der Behörden an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren
(§ 4 Abs. 1 BauGB)**

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen (X)

A. Allgemeine Angaben

Stadt

Vetschau/Spreewald

☒ **Flächennutzungsplan**

**13. Änderung für
VBP Nr. 02/2023 „Solarpark Missen-Tornitz“**

- ☐ Bebauungsplan Nr.
- ☐ Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB
- ☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan
- ☐ sonstige Satzung

Fristablauf für die Stellungnahme am:

09.09.2024

B. Stellungnahme der Behörde

Bezeichnung der Behörde

Landkreis Oberspreewald-Lausitz

Absender: Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Der Landrat
PF 100064
01956 Senftenberg

Datum: 04.09.2024
Telefon: 0 35 41 – 8 70 52 26
Fax: 0 35 41 – 8 70 34 10
Bearbeiterin: Frau Bauer
GZ: 33/24
<http://www.osl-online.de>
E-Mail: kreisplanung@osl-online.de

Folgende Dezernate bzw. Ämter wurden zum o. g. Vorhaben beteiligt:
 Landrat, Büro Landrat SG Wirtschaft und Förderung

Dezernat I, Bildung, Finanzen und innere Verwaltung

- Bau- und Hauptamt SG Bau und Unterhaltung

Dezernat III, Bau, Ordnung und Umwelt

- Amt für Straßenverkehr und Ordnung untere Jagdbehörde
- Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft SG Landwirtschaft
- Amt für Bauaufsicht und Denkmalschutz SG technische Bauaufsicht/Denkmalschutz
SG rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung
- Amt für Umwelt untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde
untere Naturschutzbehörde
untere Wasserbehörde

() keine Einwände

- (x) Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (Einwendungen, Rechtsgrundlagen u. Möglichkeiten der Überwindung):

SG Landwirtschaft

Der Änderung des FNP kann in der Weise nicht zugestimmt werden.

Der Großteil der durch das geplante Bauvorhaben betroffenen Fläche besitzt eine Ackerwertzahl von über 30 Bodenpunkten, was für unsere regionalen Standortverhältnisse schon als wertvoller Boden für die landwirtschaftliche Nutzung anzusehen ist.

untere Naturschutzbehörde

Landschaftsplanung

Für die Stadt Vetschau/Spreewald besteht ein Landschaftsplan (Planungsgemeinschaft Lange und Kirchbichler, Lübbenau/Cottbus, Stand Mai 2006).

Eine Überarbeitung oder auch Anpassung des Landschaftsplanes wurde nicht eingereicht.

Nach § 11 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz sind Landschaftspläne mindestens alle zehn Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Fortschreibung erforderlich wird. Grundlage dieser Prüfung sind die in § 11 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG genannten Kriterien, insbesondere, wenn wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind. Durch die Stadt Vetschau wurden während der Geltungszeit des LP schon mehrfach wesentliche Änderungen in der Flächennutzung des Stadtgebietes zu Ungunsten der freien Landschaft vorgenommen. Auf Grund dieser zwischenzeitlich vorgenommenen Planungsänderungen besteht grundlegender planerischer Handlungsbedarf zur Fortschreibung des gesamten Landschaftsplanes. Der Landschaftsplan ist zur Prüfung nachzureichen.

Der Landschaftsplan stellt die Grundlagen einer naturschutzfachlichen Beurteilung aller Flächen im Stadtgebiet und die von allen Teilräumen ausgehenden Wirkungszusammenhänge dar und bildet so die Grundlage der Abwägung naturschutzfachlicher Belange zum FNP.

Dies wird vor dem Hintergrund der sich ändernden klimapolitischen Festlegungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem angestrebten raumbedeutsamen Ausbau von Wind- und Solarkraft

besonders beachtlich. Auf der Basis eines aktuellen Landschaftsplanes kann die Stadt eine belastbare Planungsgrundlage hinsichtlich der weiteren Ausweisungen von Planungsflächen (Wind/Solar) u. a. auch auf der Basis einer Raumwiderstandsanalyse innerhalb des Stadtgebietes erhalten.

Gleichzeitig können aber auch andere Aussagen zu Biodiversitätsstrategien, z. B. zur Insektenschutzstrategie des Bundes, Aussagen zu klimarelevanten Anpassungen z. B. in den Innenstadtbereichen, zu Lärmschutzmaßnahmen o. ä. abgeleitet werden. Der Landschaftsplan bietet der Stadt auch eine Basis zur Schaffung von Kompensationsflächenpools zur Flexibilisierung der Eingriffsregelung im Stadtgebiet.

E

in Umweltbericht, welcher den bauplanungsrechtlichen Satzungen hinzuzufügen ist, bezieht sich ausschließlich auf das Plangebiet und kann die gesamtträumlichen Auswirkungen einer solchen Planung in keinsten Weise erfassen und die landschaftsplanerischen Beurteilungen ersetzen. Der Umweltbericht ist jedoch auf Grund der bereits bestehenden südlich angrenzenden Solarfläche vollumfänglich auszuarbeiten. Aus Sicht der uNB wird mit der Ausweisung der neuen Solarfläche eine Überfrachtung der Landschaft um die Ortslage Missen erzeugt. Damit hat sich die Überarbeitung des Landschaftsplanes auseinanderzusetzen.

Gehölzschutz und ND

Die bestehenden Gehölze an der westlich Plangebietsgrenze unterliegen den Regelungen der Verordnung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zum Schutz von Bäumen und Hecken (GehölzSchVO LK OSL). Gemäß § 4 GehölzSchVO LK OSL ist es verboten, geschützte Landschaftsbestandteile zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrem Aufbau wesentlich zu verändern. Von diesen Verboten können Ausnahmen zugelassen werden (§ 6 GehölzSchVO LK OSL). Um die Vereinbarkeit der Planung mit den Regelungen der GehölzSchVO LK OSL herzustellen, ist vom Träger der Bauleitplanung ein Antrag auf Zusicherung der Ausnahmegenehmigung vom Gehölzschutz für die mit der Planung vorbereiteten Eingriffe in den Gehölzbestand (Gehölzbeseitigung auf den als überbaubar ausgewiesenen Flächen) an die untere Naturschutzbehörde zu richten.

Dazu ist darauf hinzuweisen, dass der nördliche Baum der vorgenannten Gehölze als Naturdenkmal, ND-Nr. 0612-3, unter Schutz gestellt worden ist. Nach § 3 ND-VO (Naturdenkmalverordnung - ND-VO/LK OSL) i. V. m. § 28 Abs. 2 BNatSchG sind die Beseitigung sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung eines Naturdenkmals oder einzelner seiner Bestandteile oder seiner unmittelbaren Umgebung führen können oder die die Wahrnehmung des Naturdenkmals am Standort erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können verboten. Dem Umweltbericht (S.17) ist zu entnehmen, dass es möglicherweise zum Verlust des Naturdenkmals kommen kann, aber Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt werden können. Insofern ist hier darauf hinzuweisen, dass eine Fällung des ND nicht zulässig ist und entsprechende großräumige Vermeidungsmaßnahmen festzusetzen sind. Der Erhalt des ND ist im FNP darzustellen. Eine Befreiung zur Beseitigung des ND wird nicht in Aussicht gestellt, da keine Befreiungsvoraussetzungen vorliegen.

- () Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:
- (X) Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

SG Wirtschaft und Förderung

Keine Hinweise

SG Bau und Unterhaltung

In diesem Gebiet befinden sich keine Kreisstraßen. Insofern ist der Landkreis OSL, vertreten durch das Amt 65 als Baulastträger für Kreisstraßen, nicht betroffen.

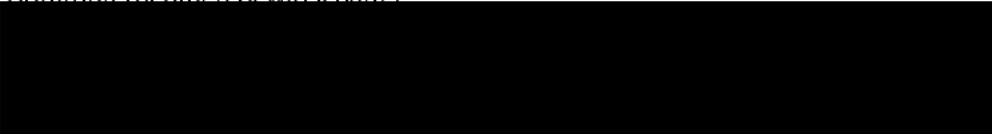
untere Jagdbehörde

Gegen die Planungen des o. g. Vorhabens bestehen aus jagdrechtlicher Sicht keine Einwände.

Da im Vorhaben bisher bejagbare Flächen versiegelt werden sollen, stellen diese einen befriedeten Bezirk nach § 5 Abs. 1 BbgJagdG dar. Nach § 6 BJagdG ruht in befriedeten Bezirken die Jagd. Diesen Flächenverlust der bejagbaren Fläche müssen die Jagdgenossenschaften und die Jagdausübungsberechtigten beachten und sind in Kenntnis zu setzen.

SG Landwirtschaft

Im Planungsbereich befinden sich landwirtschaftliche Nutzflächen. Diese werden von nachstehenden Agrarunternehmen bewirtschaftet:



Eine eventuelle Beanspruchung landwirtschaftlicher Flächen ist mit den betroffenen Agrarunternehmen rechtzeitig abzustimmen, Entschädigungszahlungen zu vereinbaren bzw. Ersatzflächen bereitzustellen

SG technische Bauaufsicht/Denkmalschutz

untere Denkmalschutzbehörde:

Auf der Grundlage des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) ergeht zu o.g. Vorhaben nachfolgende Stellungnahme:

- Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem BLDAM (Außenstelle Cottbus) oder der unteren Denkmalbehörde beim Landkreis Oberspreewald-Lausitz anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG).
- Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind für mindestens fünf Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).
- Funde sind ablieferungspflichtig (§ 12 BbgDSchG).
- Sollten umfangreiche archäologische Maßnahmen notwendig werden, sind die Kosten dafür im Rahmen des Zumutbaren vom Veranlasser des Vorhabens zu tragen (§ 7 Abs. 3 BbgDSchG). Dies ist bei entsprechenden finanziellen und terminlichen Planungen zu berücksichtigen.

Im Planungs- und Genehmigungsverfahren sind die Träger öffentlicher Belange

- das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4, 15806 Zossen, OT Wünsdorf und
- das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Außenstelle Cottbus, Juri-Gagarin-Straße 17, 03046 Cottbus

zu beteiligen, um rechtzeitig auf denkmalpflegerische Belange reagieren zu können.

SG rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung

Die Bundesnetzagentur/Abteilung „Ausbau Stromnetze“ (im Folgenden: BNetzA) beteiligt sich im Kontext der voranschreitenden Planungs- und Genehmigungsverfahren für den beschleunigten Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz als öffentliche Stelle an Verfahren Dritter.

Zu den Verfahren Dritter, an denen sich die BNetzA im Kontext der vorgenannten Planungs- und Genehmigungsverfahren beteiligt, gehören neben Raumverträglichkeitsprüfungen und Planfeststellungsverfahren, der kommunalen Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungspläne), Schutzgebietsausweisungen und Bau- und sonstigen Genehmigungsverfahren vor allem die Landes- und Regionalplanung. Bei der Beteiligung an Verfahren Dritter strebt die BNetzA in erster Linie an, mögliche Konflikte frühzeitig zu identifizieren und einen Ausgleich mit der zuständigen Stelle herzustellen.

Um die Beteiligung der BNetzA an Verfahren Dritter für alle Beteiligten möglichst rechtssicher und effizient zu gestalten und hierdurch einen Beitrag zu einem beschleunigten Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze in Deutschland zu leisten, werden Sie höflich gebeten, die zuständige Organisationseinheit, das Referat 814 „Technische Fragen, Geodaten und Geoinformationssysteme, Raumordnung“, bei Beteiligungsverfahren direkt zu kontaktieren:

Postanschrift:

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Referat 814, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

E-Mail: verfahren.dritter.nabeg@BNetzA.de

Zum Gegenstand der Umweltprüfung hat auch der/die Klimaschutz/-anpassung. Klimaschutz ist ein städtebauliches Erfordernis/Grund i. S. v. § 1 Abs. 5 und 6 BauGB. Aussagen dazu sind im Umweltbericht zu treffen.

Begründung:

Die Prüfung von Alternativstandorten ist nicht nachvollziehbar. Nur weil die Flächen mit <30 als Bodenwertzahl nicht die Größe/Zuschnitt der jetzt geplanten PV-Fläche haben, sind sie ggf. eher für diese Nutzung geeignet.

Seite 8

Der letzte Absatz, Satz 1 ist etwas irreführend, da von Böden über 30 in und in den Anstrichen aber von unter 30 geschrieben wird.

vorletzter Anstrich

Fraglich ist, wie die verbleibenden hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen an anderer Stelle im Stadtgebiet gesichert und erhalten werden sollen. Dies könnte nur über ein Flächen-Ausschlussverfahren im Zuge einer Gesamt-FNP-Änderung erfolgen. Im Rahmen der 13. Änderung eines kleinen Teilbereiches ist dies nicht möglich.

Seite 12/13, 17/18

In der Abwägung sind alle Belange zu bearbeiten. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die PV-Anlagen durch das „im öffentlichen Interesse liegen“ alle Belange ohne Probleme überwinden können. Die Belange müssen in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. § 2 EEG 2023 gibt keine Handhabe für eine eigenmächtige kommunale Umgehung zwingender fachrechtlicher Regelungen im Rahmen der bauplanungsrechtlichen Abwägung. Wenn eine problemlose Wegwägung vom Gesetzgeber gewollt gewesen wäre, wäre das Planungsbedürfnis für diese Anlagen im BauGB gestrichen und die PV-Anlagen generell in die Privilegierung übernommen worden. Doch auch im § 35 Abs. 1 BauGB sind öffentliche Belange zu beachten.

Eine zeitliche Befristung ist nicht erkennbar/nachvollziehbar. Sollte der Grund die Rohstoffgewinnung im betroffenen Bereich sein, so ist weder datiert noch garantiert. Sie dient nur der Vorhaltung von Rechten ohne zeitliche Verbindlichkeiten.

Seite 18

Hier wird von ertragsschwachen Böden geschrieben, ohne zu erläutern, wie es zu der Annahme kommt. Auch liegt es in 2 Vorranggebieten für die Rohstoffgewinnung.

Der Kommune wird empfohlen, den Rückbau per Vertrag/Bürgschaft abzusichern.

O. g. Aussagen finden sich auch im Umweltbericht wieder und sind ebenso entsprechend anzupassen.

Der benachbarte VBP „Solarfeld Missen“, welcher am 27.03.2010 in Kraft trat, ist mit in die Betrachtung einzustellen.

Kampfmittel:

Nach Überprüfung der Lage des Vorhabens mit der 10. Ausgabe der aktualisierten Kampfmittelverdachtskarte des Zentralsdienstes der Polizei von 6/2024 im Maßstab 1:100.000, wurde für o. g. Vorhaben keine Belastung festgestellt.

Sollten bei Erdarbeiten dennoch Kampfmittel gefunden werden, weise ich Sie darauf hin, dass es nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfmV) verboten ist, entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Sie sind verpflichtet diese Fundstellen gemäß § 2 KampfmV unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen.

Die wirksame Flächennutzungsplanänderung soll gemäß § 6a Abs. 2 BauGB mit all seinen Anlagen und der zusammenfassenden Erklärung ergänzend ins Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden.

Wir bitten um Übergabe der Pläne als XPlanGML-Datei (Version 4.1 oder 5.x). nach Wirksamwerden des FNP. Als Mindeststandard sollten die Geltungsbereiche als Umring erfasst werden und der Plan als georeferenziertes Rasterbild (ausgestanzt am Geltungsbereich) bereitgestellt werden. Eine weitergehende Erfassung der Geometrien und Planinhalte in der XPlanGML-Datei ist ebenso möglich.

untere Wasserbehörde

Unter 3.2 Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt sind, ist folgende Formulierung zu ergänzen:

Durch das Plangebiet verläuft der „Jagoldgraben“ bzw. L 123/3 (Missen) als Gewässer II. Ordnung. Die Solarmodule sind innerhalb von 5 Metern ab der Böschungsoberkante landeinwärts als Anlage am Gewässer gem. § 36 WHG i. V. m. § 87 BbgWG so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist.

Sollten Sie Rückfragen zur Stellungnahme haben, steht Ihnen Frau Elsner, Telefon: 03541/870-3437, E-Mail: ramona-elsner@osl-online.de zur Verfügung.

untere Naturschutzbehörde

In der Begründung wird auf Seite 9 im Anstrich 4 von einer Trennung der Nutzungen Landwirtschaft und Photovoltaik - Nichtumsetzung von Agri-PV Anlagen- eingegangen, die sich zugunsten des Naturschutzes auswirkt. Diese Aussage ist zu untersetzen, da sie so allein gestellt, nicht nachvollzogen werden und der naturschutzfachliche Nutzen unklar ist.

Im Bestandsplan ist eine rote Strichlinie- VH 21 (Kiessand Missen) – Festlegung des Teilregionalplanes II – Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe, 17.11.1997 dargestellt. Mit dem Ziel 4.4.18, Vorbehaltsflächen, werden Gebiete definiert, bei denen bestimmte, überörtlich bedeutsame Raumfunktionen oder Raumnutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden Raumnutzungen besonderes Gewicht beigemessen werden soll. Es handelt sich hier um das Bergwerksfeld Missen-Ost – Kies und Kiessande. Laut Regionalplan erfolgt die Sicherung der Rohstoffe durch die Vermeidung von Maßnahmen, die eine zukünftige Rohstoffgewinnung in diesen Bereichen ausschließen. Eine Überlagerung von anderen Nutzungen ist allerdings möglich, solange diese eine spätere Nutzung der Rohstoffe nicht ausschließen.

Mit der Festlegung eines Sondergebietes Solar im FNP wird eine dauerhafte Nutzung etabliert, die eine Nutzung des Vorbehaltsgebiets nicht mehr ohne weiteres zulässt. Eine Befristung der Nutzung im B-Plan ist für die Ausweisung einer Baufläche im FNP unerheblich. Dieser Dissens ist zu lösen.

Im Erläuterungstext wird ausführlich auf fehlende Alternativflächen innerhalb des Stadtgebietes Vetschau verwiesen und als Quelle dieser Aussage der Energieatlas des Landes Brandenburg zitiert. Die Aussage kann gerade auf der Basis des Energieatlas nicht nachvollzogen werden, da ebenda noch große Potentiale für die Installation von Freiflächenphotovoltaikanlagen dargestellt werden und insofern der Solarpark an dieser Stelle eben nicht alternativlos ist. Vielmehr wird im Energieatlas nur ein geringer Teil der zur Nutzung vorgesehenen Fläche auf Grund geringer Bodenwertzahlen als potentielle Eignungsfläche deklariert. Dafür sind erhebliche Potentiale in anderen Bereichen der Stadt Vetschau, z.B. in den Bereichen der Abstandsflächen zu Autobahn oder auch der Eisenbahn vorhanden. Die Argumentation der Alternativprüfung ist also nicht schlüssig und zu überarbeiten.

Hingewiesen wird auch darauf, dass für Gehölzpflanzungen der „Erlass zur Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur“ zu beachten ist, wonach u.a. bei allen Gehölzpflanzungen, die im Rahmen von Ersatzpflanzungen und von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 15 BNatSchG (Eingriffskompensation) vorgenommen werden, grundsätzlich Pflanzgut gebietsheimischer Gehölze zu verwenden ist.

untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (uAWBB)

Altlastenauskunft:

Im Bereich des o.g. Plangebietes befinden sich zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung, keine im Altlastenkataster des Landes Brandenburg (ALKATonline) erfassten Altlasten oder Altlastverdachtsflächen.

Die Belange des Bodenschutzes, insbesondere die des vorsorgenden Bodenschutzes, sollten bei der Erstellung von Unterlagen im Rahmen des Planungsverfahrens angemessen berücksichtigt werden. Hinweise hierzu können aus der Veröffentlichung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) „Checklisten Schutzgut Boden für Planungs- und Zulassungsverfahren, Arbeitshilfe für Planungspraxis und Vollzug“, LABO 2018 entnommen werden. Die Nutzung des Leitfadens für die kommunale Planungspraxis „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB, LABO 2009“ wird ebenfalls empfohlen.

Bergbau:

Für das Plangebiet existieren 2 Bergbauberechtigungen.

Die eine mit der Bezeichnung Missen-Ost für den Abbau von Kiesen und Kiessanden zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen, Inhaber [REDACTED]

Die zweite mit der Bezeichnung Missen für den Abbau von Braunkohle, deren Inhaber die [REDACTED] ist.

In der Begründung wird zwar formal darauf eingegangen, dass mit der zeitlich begrenzten Nutzung der Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien eine zukünftige Rohstoffgewinnung nicht ausgeschlossen wird. es ist aus unserer Sicht aber zu klären, ob speziell die [REDACTED] in den nächsten 40 Jahren einen Abbau der Kieslagerstätte plant und damit die vorgesehene Fläche des Solarparks ganz oder teilweise in Anspruch nehmen würde.

Beide Unternehmen sollten in das Verfahren mit eingebunden werden.

Bezüglich der bergbaubedingten Grundwasserbeeinflussung des Plangebietes ist davon auszugehen, dass der Grundwasserwiederanstieg nach Beendigung der Braunkohleabbaus abgeschlossen ist. Witterungsbedingte Grundwasserschwankungen sind allerdings nicht auszuschließen.

Mit freundlichem Gruß

im Auftrag



Weinreich
Amtsleiter

Anlage: - Fundstellen zitierter Rechtsvorschriften

Verteiler:

- Planungsbüro Schubert
- Stadt Vetschau/Spreewald
- GL 5
- z. d. A.

Denkmalschutz

- Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 215) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBl.I/23, Nr. 16)

Jagd- und Fischereirecht

- Jagdgesetz für das Land Brandenburg (BbgJagdG) vom 09. Oktober 2003 (GVBl. I S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Februar 2023 (GVBl. I Nr. 1)
- Bundesjagdgesetz (BJagdG) vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Artikel 291 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

Bauaufsicht/Kreisplanung

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. I Nr. 394)
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
- Ordnungsbehördliche Verordnung zur Abwehr von Gefahren durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg - KampfmV) in der Fassung vom 9. November 2018 (GVBl. II Nr. 82)
- Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planungsunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches (Planunterlagen VV) vom 2. Mai 2018 (ABl Nr. 17)

Wasserrecht

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)
- Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I Nr. 20), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I Nr. 9)

Naturschutzrecht

- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03.07.2024 (BGBl. I Nr. 225)
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I Nr. 9)
- Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. Juli 2021 (GVBl. II Nr. 71)
- Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, ber. S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95)
- Erlass zur Zuständigkeit für die Bauleitplanung in Landschaftsschutzgebieten des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 22. September 2017
- Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zum Vollzug von § 40 des Bundesnaturschutzgesetzes - Gebietseigene Gehölze (Gehölzerlass Brandenburg) vom 15. Juli 2024 (ABl. Nr. 31 S. 667)
- Verordnung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zum Schutz von Bäumen und Hecken (Gehölzschutzverordnung - GehölzSchVO LK OSL) vom 12. September 2013 (ABl. LK OSL Nr. 11 S. 12), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Dezember 2018 (ABl. LK OSL Nr. 21 S. 35)

Abfall- und Bodenschutzrecht

- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. S. 306)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)

